



Sitzung 02/11 des Einwohnerrates

Freitag, 8. April 2011, 20.00 - 22.05 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Marty	Franz	CVP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Berner	Georg	parteilos	
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmzähler
	Eimer	Claudia Pia	parteilos	Aktuarin
	Käser	Werner	FDP	
	Knecht	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	Präsident
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Vizepräsident
	Schmid	Werner	FDP	Stimmzähler
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Weibel	Urs	SP	
	<u>Stadtrat</u>			
	Hostettmann	Franz	Stadtpräsident	
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Hirschi	Beat	Polizeichef/Weibel	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
 2. Antrag auf Erhöhung des Kostendaches der Subventionen für die KiTa und Antrag auf Einführung von Tagesstrukturen (Modul Mittagstisch) in Stein am Rhein
 3. Verkauf der Landparzelle, GB Nr. 952, Degerfeld: Zustimmung zum Verkauf zum Preis von Fr. 374.00/ m² bzw. total Fr. 1'824'746
 4. Volksmotion Hagmann, Sanierung Chirchhofplatz Antrag auf Fristverlängerung
 5. Allgemeine Umfrage
-

Einwohnerratspräsident Franz Marty eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Franz Marty informiert über einen Neueingang, der direkt an ihn gegangen ist. Es handelt sich um eine Volksmotion mit dem Titel „Erstellung eines Baueingabeprojektes für die Umnutzung des Zeughauses in ein vollautomatisches Parkhaus“. Diese werde an der nächsten Einwohnerrats-Sitzung vom 17. Juni 2011 traktandiert.

Stadtschreiber Stephan Brügel äussert Zweifel, ob es überhaupt zulässig sei, ein solches Geschäft entgegen zu nehmen. Es heisse unter Motion, Postulat, Interpellationen in der Verfassung, die Volksmotion entspreche der Motion, die sonst eingereicht werden könne und die Motion könne ausschliesslich eingereicht werden, Zitat: „jedes Ratsmitglied hat das Recht durch eine Motion die Änderung oder den Neuerlass der Verfassung und Verordnungen und von anderen rechtssetzenden Beschlüssen der Einwohnergemeinde oder des Einwohnerrates zu verlangen“. Mit der Volksmotion, die hier eingereicht worden sei, werde kein rechtssetzender Erlass geändert, sondern es werde das Erstellen eines Bauprojektes verlangt. Das sei seiner Meinung nach nicht zulässig. Das müsse mit dem Büro des Einwohnerrates noch diskutiert werden.

Franz Marty erklärt, das Volk habe nur die Möglichkeit einer Volksmotion. Er habe die Unterlagen an das Rathaus weitergeleitet und das werde dort noch besprochen. Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokollgenehmigung

Berichtigung: Seite 12 unten Katharina Rietmann gehört der **Pro Stein** an.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 4. März 2011 wird genehmigt.

SOZIALES, Fürsorge, Kindertagesstätte
SOZIALES, Fürsorge, Mittagstisch

08.15.017

08.15.020

2. Antrag auf Erhöhung des Kostendaches der Subventionen für die KiTa und Antrag auf Einführung von Tagesstrukturen (Modul Mittagstisch) in Stein am Rhein

René Meile, Sozialreferent, erläutert den Antrag zur Erhöhung des Kostendaches für die Führung der Kindertagesstätte Schatztrübe und beantragt die Erweiterung des Angebotes um einen Mittagstisch für Kindergarten und Primarschule, der ebenfalls durch den Verein für familienergänzende Kinderbetreuung geführt werden soll. Die Erfüllung der Aufgaben soll durch eine Anpassung des bestehenden Vertrages erfolgen. Die zahlreichen Unterlagen wurden versandt.

Die KiTa wurde 2002 unter dem Namen Schatztrübe eröffnet, hat sich erfreulich entwickelt und heute werden 42 Kinder betreut. Die KiTa hat in den letzten Jahren einen richtigen Boom erlebt und hat sich zu einem Kleinunternehmen mit 9 Mitarbeiterinnen entwickelt. Die KiTa ist ein Lehrbetrieb mit 3 Lehrstellen im Fachbereich Kinderbetreuung und bietet Praktikanten den Einstieg ins Berufsleben. Die Erhöhung des Kostendachs der Subventionen habe den Grund darin, dass sich die Eltern vom Einkommen her in die tiefen Einkommenssegmente verschoben haben. Die Stadt ergänzt vom Vollkostentarif je nach Einkommen. Wenn sich die Einkommen der Eltern mehrheitlich in einem tiefen Segment bewegen, reichen die Fr. 90'000.--, die indexiert sind, seit langem nicht mehr und haben schon länger zu Problemen geführt, die jeweils aufgefangen wurden, indem man an allen Ecken und Enden gespart hat. Es wurde viel Gratis-Arbeit geleistet, angefangen bei der Präsidentin der KiTa, die mehrere Monate unentgeltlich eingespart ist, man konnte Überstunden nicht auszahlen, Weiterbildungen konnten nicht stattfinden. Infrastrukturprobleme konnten teilweise über die Windler-Stiftung gelöst werden und mussten nicht selber finanziert werden.

Durch diese Veränderungen ist es notwendig, das Kostendach anzupassen. Gleichzeitig wird der Vollkostentarif reduziert und liegt somit auf einem Niveau, auf dem sich auch die Stadt Schaffhausen und Winterthur bewegen. Die Stadt hofft, mit dieser Massnahme werde es auch für Eltern mit einem höheren Einkommen wieder attraktiv, die Kinder in die KiTa zu geben. Das würde die Rechnung der KiTa wieder entlasten. Das Kostendach wird auf Fr. 170'000.-- beantragt. Wenn mehr Eltern mit einem höheren Einkommen da sind, muss dieses nicht ausgeschöpft werden, falls nicht wird man dieses ausschöpfen müssen. Mit dieser Anpassung bewegt man sich dann in einem Rahmen, in dem sich auch andere Kitas in der ganzen Schweiz bewegen. Die Subventionen der Kitas betragen in der Regel zwischen 50% und 75%, sprich pro Platz zwischen Fr. 10'000.-- und Fr. 15'000.--. Den Tarif zu genehmigen ist ausschliesslich Sache des Stadtrates, die Genehmigung des Vertrages ebenfalls. Der Einwohnerrat muss im Prinzip grünes Licht geben, damit anschliessend dem Volk der Antrag für das Kostendach unterbreitet werden kann.

Der Mittagstisch war schon mehrmals Thema im Stadtrat. Mit der Überweisung der Motion Marty für die Einführung von Tagesstrukturen an den Schulen in Stein am Rhein im Jahr 2009 wurde das Thema aktuell. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt und die Hochschule St. Gallen hat eine Bedarfsabklärung durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass das Interesse grundsätzlich vorhanden ist, aber in sehr unterschiedlichen Mengen. Das Bedürfnis für einen Mittagstisch für Primarschüler ist ausgewiesen. Der Einwohnerrat hat den Kredit für die Konzeptentwicklung bewilligt und was jetzt unterbreitet wird, ist im Prinzip die Umsetzung für den Mittagstisch für Primarschüler bis und mit 6. Klasse.

Die Idee ist, dass man den Mittagstisch in der KiTa ausbaut und vom Kindergarten bis und mit 2. Klasse in der KiTa führt und die älteren Kinder ins Bürgerasyl nimmt, da es problematisch ist, die ganze Altersstruktur in einer Gruppe zu führen. Die stattgefundene Umfrage hat gezeigt, dass die Anzahl Kinder noch relativ knapp ist, aber wie das schlussendlich genau geregelt wird, ist Sache der KiTa. Diese erhält Fr. 27.50 pro Kind, bei der Maximalbelegung von 20 Kindern wäre dies ein Kostendach von Fr. 45'300.--.

Bei den Verbilligungen gilt es zu erwähnen, dass die Winder-Stiftung verdankenswerterweise die Rechnung entlastet, da sie dort, wo es dem Stiftungszweck entspricht, einen Anteil zahlen wird. Sollte sich zeigen, dass das Bedürfnis auf dem ausgewiesenen Niveau bleibt, muss die KiTa sich überlegen, wie sie das lösen will. Ob sie den Mittagstisch ganz ins Offene Zentrum nimmt oder ob sie z.B. die 2. Klasse auch ins Bürgerasyl nehmen will. Die KiTa bekommt das Geld und muss unternehmerisch überlegen, wie sie diese Mittel erfolgreich einsetzt.

Zusammengefasst soll das Kostendach erhöht werden, damit die KiTa künftig einen anständigen Rahmen hat, um weiter zu arbeiten und der Mittagstisch als Versuchsbetrieb von einem Jahr eingeführt werden kann. Dazu möchte René Meile ergänzen, dass die Eltern die neuen Stundenpläne bei der Umfrage noch nicht gekannt haben und er hofft, dass, wenn ca. 2 Wochen vor den Sommerferien die neuen Pläne bekannt sind, es noch Eltern hat, die ihre Kinder nachmelden. Die KiTa ist heute von Stein am Rhein nicht mehr wegzudenken und ein eindeutiger Standort-Vorteil. Junge Familien, die einen neuen Wohnort wählen, werden auf so etwas Wert legen.

Eintretensdebatte

André Ullmann, Pro Stein, erklärt, dass seine Fraktion für Eintreten ist. Der Antrag habe einige Diskussionen ausgelöst, angefangen bei der Struktur dieser Anträge. Grundsätzlich hätte die Pro Stein lieber zwei separate Vorlagen gehabt, da es sich um zwei total verschiedene Verträge handle.

1. KiTa = Zusammenarbeits-Vertrag, der relativ lose ist. Die Stadt greift nicht in die Organisation ein, sondern beteiligt sich lediglich finanziell und knüpft dazu gewisse Bedingungen an den Tarif.
2. Mittagstisch = Leistungsauftrag, der detaillierte Auflagen zur Umsetzung enthält (Organisation, Öffnungszeiten, Aufgabenumfang im Betriebskonzept). Der Stadtrat legt relevante Rahmenbedingungen fest, greift sogar in die Organisation ein.

Darum sind diese beiden Verträge nach der Ansicht der Pro Stein unterschiedlich zu beurteilen. Deshalb werde er auch bei der Formulierung des ersten Vertrages, der zur Kenntnisnahme zugestellt wurde, die Vorstellungen der Pro Stein formulieren.

Erhöhung des Kostendaches auf jährlich Fr. 170'000.--

Die KiTa nimmt eine wichtige und notwendige Aufgabe in der heutigen Gesellschaft ein. Die Trägerschaft wird richtigerweise durch einen Verein wahrgenommen; dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung. Dem Verein und den engagierten Personen gebührt grosser Respekt und Dank, dies möchte **André Ullmann** betonen. Dass in einem Verein vor allem auf Vorstandsebene viel unbezahlte Fronarbeit geleistet wird, kennen viele andere Vereine auch und ist an sich nicht anormal. Es ist aber verständlich, dass finanzielles Engagement für Betriebsaufwendungen zu weit geht. Dieser Missstand muss behoben werden. Wir sind der Meinung, dass es eine ausgewogene Verteilung zwischen den Einkommensklassen geben muss, dass es für alle Einkommensklassen attraktiv sein muss bzw. genutzt werden kann. Dies scheint im Moment

nicht der Fall zu sein. Wenn man die KiTa als Standortvorteil nutzen will, sollte das für alle Einkommensklassen der Fall sein.

Die Pro Stein erachtet die Erhöhung des Kostendaches von Fr. 90'000.-- auf Fr. 170'000.-- als zu massiv. Diese zusätzliche Subvention durch die Stadt soll die strukturelle Situation betreffend Elternbeiträge entschärfen. Dadurch werden jedoch Anreize erstellt, dass die KiTa in eben dieser Struktur weiterwächst. Zwar wird in der Tarifstruktur durch eine gleichzeitige Anpassung der Vollkosten der Tarif für jene Elternbeiträge, welche darüber liegen verbessert, wir glauben jedoch, dass diese Korrektur nicht ausreicht. Für Pro Stein ist die Erreichung einer ausgewogenen Verteilung der Kinder auf alle Einkommensklassen am vordringlichsten. Das Argument einer 50% / 50% Verteilung zwischen Elternbeiträgen und Gemeindebeiträgen, wie dies andernorts der Fall ist, erachten wir zumindest zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht. Wir werden den Antrag stellen, das Kostendach auf jährlich Fr. 135'000.-- anzuheben, was immerhin einer Steigerung um 50% entspricht.

Mittagstisch

Auch hier ist die Pro Stein für Eintreten. Da es um eine Leistungsvereinbarung geht, muss auch mehr Stellung genommen werden zu einzelnen Komponenten dieser Leistungsvereinbarung. Es ist eine sinnvolle Sache, dass der Mittagstisch so konzipiert ist, dass er eine Ergänzung zum Blockunterricht an der Schule ist. Es ist richtig, dass dieses Angebot völlig getrennt wird vom Hoheitsbereich der Schule und dass keine Verpflichtung zum Angebot von Nachhilfe oder Aufgabenhilfe besteht. Richtig wird auch erachtet, dass sich das Angebot auf vier Wochentage (ohne Mittwoch) und auf die Zeit von 12.00 - 13.30 Uhr beschränkt.

Folgende Fragen sind aufgetaucht:

- Was passiert in den Ferien und wer ist verantwortlich. Ist es Sache der KiTa oder wird das unter dem Vertrag Mittagstisch abgedeckt? Das geht nicht klar hervor. Wir erwarten eine Klarstellung, wer dafür verantwortlich ist. Das gleiche gilt auch für die Erweiterung des Zeitrahmens über die Zeit 12.00 – 13.30 hinaus.
- Beträgt der Sozialbeitrag Fr. 9.-- oder Fr. 8.50?
- Wie kam der Betrag von Fr. 27.50 zu Stande? Nach Einschätzung der Pro Stein ist dies nicht irrelevant. Da geht die Fraktion nicht einig mit dem Sozialreferenten. Hier ist es kein Kostendach sondern ein Kredit. Wenn die KiTa zur Erbringung dieser Leistung mehr Geld braucht, weil es mehr Kinder sind oder was auch immer, ist die Stadt verpflichtet, den entsprechenden Betrag zu leisten. Dann würde der Betrag höher ausfallen.

Anträge:

1. Keine Trennung der Altersklassen in der Versuchsphase
2. Erhöhung des Elternbeitrages auf Fr. 14.00, so dass der städtische Beitrag gemäss Planung auf unter 50% bleibt, da der Elternbeitrag mehr als 50% der geplanten Kosten sein sollte.

Begründung: Der Vorschlag geht für einen Versuch definitiv zu weit. Die Erfahrung zeigt, dass es schwierig ist, diesen in Zukunft wieder zu ändern. Wir finden es falsch, dass kleine Probleme schon vorweggenommen werden und diese Trennung gemacht wird. Die KiTa hat Erfahrung mit einer breiteren Altersspanne, wir sind mehrheitlich der Meinung, dass man den Versuch auf dieser Basis führen sollte und den Mittagstisch nicht schon altersmässig getrennt durchführt.

Ruedi Vetterli, parteilos, erklärt die SP-Fraktion habe sich ausgiebig mit diesen beiden Anträgen auseinandergesetzt und sei zu folgender Meinung und Erkenntnissen gekommen:

Der Bedarf, sowohl für die KiTa als auch mit grosser Wahrscheinlichkeit für den Mittagstisch, sei ausgewiesen und unbestritten. Es sei auch unbestritten, dass solche Angebote präventive Wirkungen hätten in Bezug auf viele mögliche, problematische Entwicklungen von Kindern.

KiTa

Was die Erhöhung des Kostendachs der Subventionen für die KiTa betrifft, könnten sie der Argumentation der Vorlage sehr gut folgen:

- die Situation hat sich seit 2002 erheblich verändert
- deutlich mehr Kinder, die von diesem Angebot profitieren
- dem entsprechend ist der Betreuungsaufwand, bzw. der Personalaufwand gestiegen, auf mittlerweile 9 Personen
- die zunehmende Benutzung durch einkommensschwächere Familien erhöht die Aufwendungen durch die Stadt und hat das Kostendach zum dritten Mal in Folge überschritten
- und dies trotz sparsamen Umgang mit den Finanzen (Sparen, wichtige Investitionen verschoben, Freiwilligenarbeit, bis jetzt unbezahlte Überstunden)
- das Ausbleiben von Weiterbildungen aus Kostengründen ist in einer solchen Einrichtung bedenklich, man kann das eine Zeit lang machen, aber die negativen Folgen machen sich bald bemerkbar, wenn das ein Dauerzustand wird.

Wenn so etwas wie die KiTa aufgebaut wird, ist es in den ersten Jahren, in der Pionierphase, im Idealfall so wie in unserer KiTa. Nämlich, dass neben dem offiziell Verlangten viel auf persönlichem Engagement von Einzelnen beruht, das weit über das hinausgeht, was man verlangen darf.

Darauf kann man aber nicht über längere Zeit zählen. Das wäre auch nicht gesund, weder für die betroffenen Leute wie auch für die KiTa an sich. Wie in der Vorlage erwähnt, ergeben sich in dieser Hinsicht mit der Zeit Erschöpfungserscheinungen.

Es gilt also, das Ganze auf eine gute Basis zu stellen, nicht nur in organisatorischer und pädagogischer, sondern eben auch in finanzieller Hinsicht.

Dafür ist die Höhe von Fr. 170000.-- als Kostendach angemessen und vernünftig.

Zumal damit auch wieder

- vernünftig finanziell geplant werden kann
- die sogenannten „Vollzahler“ unter den Eltern nicht benachteiligt werden und gegebenenfalls andere Angebote suchen
- unsere KiTa sich im Preissegment von ähnlichen Einrichtungen bewegt und
- die Abhängigkeit von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern reduziert wird.

Mittagstisch

Beim Antrag Einführung von Tagesstrukturen, Mittagstisch, reden wir ja nicht von einem völlig neuen Angebot, sondern eher von einer Erweiterung des Bestehenden. Es besteht gemäss einer Abklärung ein Bedarf an Mittagsbetreuung. Der bestehende Mittagstisch im Rahmen der KiTa bietet jedoch nur beschränkt Platz und es ist auch ungünstig, wenn Kinder mit einer solchen Altersspanne am gleichen Angebot teilnehmen. Im Familienrahmen ist das durchaus gut, normal und bereichernd. Mit einer Kinderzahl von bis zu 20 ist das problematisch und in der Regel kommen dann immer die einen oder die

anderen zu kurz. Es ist deshalb durchaus sinnvoll, das Angebot an zwei Orten mit der entsprechenden Altersgruppe durchzuführen.

Bei den organisatorischen Belangen wie bei den finanziellen Berechnungen konnte man auf die Erfahrungen mit dem bestehenden Mittagstisch-Angebot zurückgreifen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass da keine grösseren Überraschungen auftreten.

Die Fraktion erachtet einen vorerst einjährigen Versuchsbetrieb mit den maximalen Kosten von Fr. 45'300.-- als eine vernünftige Lösung. Dies, um Erfahrungen zu sammeln und um zu sehen, ob das Angebot, vor allem für die ältere Gruppe, auch genügend genutzt wird.

Bemerkungen:

- Die Fr. 4.--, die bei Anwendung des Sozialtarifs zusätzlich zu Lasten der Stadt anfallen, sind nicht in die Berechnung integriert. Auf Nachfragen hin ist es aber so, dass nicht damit zu rechnen ist, dass das neue Angebot voll ausgelastet ist und deshalb auch noch eine Reserve besteht.
- Der Sozialtarif wird im Konzept Mittagstisch mit Fr. 8.50 angegeben, im Antrag mit Fr. 9.--.
- Der Mittagstisch würde für die Dauer von einem Jahr probetalber durchgeführt. Wann und von wem wird die Auswertung gemacht?
- Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Unterlagen betreffend Abschlüsse, Budget und Tarifskaalen der KiTa früher zur Hand gewesen wären

Wir werden dem Antrag auf Erhöhung des Kostendachs KiTa und dem Antrag auf Einführung von Tagesstrukturen (Modul Mittagstisch) zustimmen.

Betreffend Motion Marty abschreiben

In der Frage, ob die Motion Marty damit abgeschrieben sei, war die Fraktion sich nicht einig. Und zwar deshalb, weil die Motion „Schaffung von Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Stein“ ursprünglich mehr verlangte, namentlich ein Angebot für die Oberstufe.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Ich habe mir bei einem Besuch in der KiTa mit interessanten Gesprächen ein Bild machen können, über die Leistung und Motivation der Menschen die dort arbeiten, und auch über die vorhandene Atmosphäre. Man sieht im Gesamten, aber auch an vielen Details, dass dort mit viel Herzblut, und zwar professionellem Herzblut, gearbeitet wird und dafür gebührt den Mitarbeiterinnen ein grosser Dank.

Uschi Knecht, FDP, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion die Vorlage ausführlich diskutiert hat. Mit etwas Verwunderung habe man festgestellt, dass zwei Geschäfte in einer Vorlage präsentiert wurden.

Das erste Geschäft habe zu grossen Diskussionen geführt und viel Unverständnis erzeugt, da die Informationen zur Kostenstruktur, welche die Erhöhung des Kostendachs erklären würden, schlichtweg fehlten. Auf Verlangen der Fraktionssprecherin der bürgerlichen Fraktion beim zuständigen Referat wurden den Einwohnerräten die fehlenden Zahlen nachgereicht.

Erhöhung Kostendach

Mit Freude und Zufriedenheit hat die Fraktion festgestellt, dass die Kindertagesstätte in Stein am Rhein (KiTa) floriert und Familien, welche einen Betreuungsplatz für ihr Kind benötigen, diesen anbieten kann. Die Kindertagesstätte Schatztrübe ist ein wichtiger

Standortvorteil für Stein am Rhein. Ein herzliches Dankeschön an alle, die sich dafür einsetzen.

Im Jahr 2006 hat der Einwohnerrat ein Kostendach betreffend städtischem Beitrag/Subventionen von Fr. 90'000.-- (indexiert 01.01.2006) gesprochen. Mit der Zunahme betreuter Kinder nimmt auch die geleistete Betreuungsaufgabe zu. Die Vorlage zeigt auf, dass das Kostendach von Fr. 90'000.-- nicht mehr reicht, um die hohe Qualität, welche die KiTa bietet, aufrechtzuerhalten. Es muss etwas passieren, wenn die KiTa auf dem Niveau, das wir möchten, weitergeführt werden soll. Auf Seite 2 der Vorlage werden die finanzrelevanten Punkte erwähnt, mit denen versucht wurde, trotz fehlenden Finanzen über die Runden zu kommen. Nun möchte die KiTa die Finanzierung auf eine solide und tragfähige Basis bringen.

Budget/Tarifordnung

Die Differenz „Budget Ist“ 2010/2011 zu „Budget Soll“ 2010/2011 ist beim Ertrag aus Elternbeiträgen entstanden, da im 2010 eine massive Verschiebung zu einkommensschwächeren Eltern erfolgt ist und sich somit ein geringerer Ertrag ergibt. Anstatt mit Fr. 205'000.-- wird nur noch mit einem Elternbeitrag von Fr. 150'000.-- gerechnet. Das in der Vorlage vorgeschlagene Kostendach von Fr. 170'000.-- entspricht dem realen Bild. Laut Aussagen der KiTa-Leitung kann so der Vollkostenbetrag 2008 um 10% reduziert werden.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, bedeutet das neue Finanzierungsmodell folgendes: Tarife runter – und dafür die Subventionen der Stadt hochfahren. Es ist verständlich, dass man auch gut verdienende Familien anziehen will. Die Frage ist einfach, ob das der richtige Weg ist.

Die KiTa ist ein Unternehmen mit 9 Mitarbeiterinnen, bildet Lehrlinge aus und bietet Plätze für Praktikanten. Sie führt im Auftrag der Stadt Stein am Rhein auf eigene Rechnung die Kindertagesstätte. Damit die Betreuungskosten bezahlt werden können, verlangt die KiTa Elternbeiträge. Diesen sollten einen Grossteil der Kosten decken. Die KiTa Schatztrübe bittet den Einwohnerrat um eine Erhöhung des Kostendachs. Das vorgeschlagene Kostendach wird von Fr. 90'000.-- auf Fr. 170'000.-- erhöht, es handelt sich um rund Fr. 80'000.--. Dies entspricht ungefähr einem Steuerprozent. Wir finden, das ist zu hoch.

Obwohl die Elternbeiträge für die Betreuungsleistungen nicht mehr ausreichen, um den Grossteil der Betreuungskosten zu decken, werden die Vollkosten trotzdem um 10% reduziert und die Subventionen der Stadt fast verdoppelt. Kein Unternehmen kann so vorgehen. Einnahmen durch Reduktion der Beiträge senken, Aufwände erhöhen und hoffen, dass für das gestiegene Defizit ein Dritter einspringt. Damit ein realistisches Kostendach erreicht werden kann, dürfen die Vollkosten Stand 2008 auf keinen Fall reduziert werden. Der Budgetbetrag „ist“ 2010/2011 bei den Elternbeiträgen von rund Fr. 205'000.-- muss angestrebt werden. Wenn man nach diesem Finanzierungsmodell rechnet, dann ergibt sich folgendes neues Kostendach:

Total Aufwand Fr. 355'000.--, davon Elternbeiträge Fr. 205'000.--, sonstiger Ertrag Fr. 15'000.--. Kostendach Stein am Rhein Fr. 135'000.--. Dies erscheint uns eine realistische Erhöhung des Kostendaches.

Die Erhöhung beträgt neu rund Fr. 45'000.-- anstatt Fr. 80'000.--. Es wird nicht an den Vollkostenbeträgen geschraubt, die bis jetzt zum Teil nicht verrechneten Aufwände haben Platz und es gibt nicht einfach eine Umverteilung zu höheren Subventionen durch die Stadt Stein am Rhein.

Die bürgerliche Fraktion wird sich bei der Detailberatung noch einmal melden und einen Antrag stellen, die Vollkosten beim Stand 2008 zu belassen und das Kostendach auf Fr. 135'000.-- festzulegen.

Mittagstisch Primarschule

Die bürgerliche Fraktion befürwortet Tagesstrukturen und ist froh, dass im neuen Schuljahr 2011/2012 auch ein Mittagstisch für die Schülerinnen und Schüler der 3. – 6. Klasse angeboten wird. Der Mittagstisch Primarschule wird von der KiTa Schatztrübe betrieben, ist jedoch ausgelagert und findet im ehemaligen Vereinslokal der Colonia Liberia Italiana statt. Dies macht Sinn, da die Altersgruppen getrennte Mittagstische benötigen. Der Versuch Mittagstisch ist auf ein Jahr befristet, denn nach einem ersten Versuchsjahr kann evaluiert werden und die notwendigen Anpassungen am Konzept Mittagstisch vorgenommen werden.

Bei der Kostenberechnung möchte die FDP auf folgende Punkte aufmerksam machen. Die Maximalkosten, welche der Vorlage zu Grunde liegen, basieren darauf, dass alle Familien den Elternbeitrag von Fr. 13.00 bezahlen können. In diesem Fall beträgt der städtische Beitrag Fr. 14.50. Sollten aber einige Familien nur den Sozialtarif bezahlen, dann wird der städtische Betrag höher ausfallen. Dafür müsste der Stadtrat einen Nachtragskredit, der in seiner Kompetenz liegt, sprechen.

Zusammengefasst: Wir freuen uns, dass der Mittagstisch zustande kommt und hoffen, dass es eine Erfolgsgeschichte wird. Für junge Familien kann dieses attraktive Angebot ein weiterer Grund sein, Stein am Rhein als Wohn- und Schulort zu wählen.

Die bürgerliche Fraktion wird auf die Vorlage mit zwei Geschäften eintreten und sich bei der Detailberatung der einzelnen Geschäfte noch einmal melden und wie schon erwähnt, einen Antrag auf Reduktion des Kostendachs stellen.

Sozialreferent Rene Meile beantwortet die in der Eintretensdebatte aufgeworfenen Fragen.

Betreffend die Verträge, die unterschiedlich sein sollen, ist er nicht gleicher Meinung. Beides sind Aufträge, die von der Stadt verteilt werden. Beim ersten Auftrag handelt es sich um die Führung der KiTa, beim zweiten um das Führen einer Leistungsvereinbarung. Bei der KiTa hat der Stadtrat die Aufsicht und muss kontrollieren, ob die KiTa korrekt geführt wird. Der Mittagstisch braucht hingegen keine Bewilligung von einer Aufsichtsbehörde, es ist ein reiner Auftrag zum Führen eines Mittagstisches. Deshalb ist darin auch enthalten, dass das abgegebene Konzept als Grundlage gilt, da ja irgendwo beschrieben werden muss, wie der Mittagstisch geführt werden soll.

Die Fr. 8.50 und Fr. 9.00 sind tatsächlich ein Fehler. Ursprünglich wurde in der Arbeitsgruppe das Konzept verabschiedet und mit den Fr. 8.50 diskutiert. Nachher beschloss der Stadtrat mit Fr. 9.00 zu arbeiten, deshalb heisst es dann in der Leistungsvereinbarung Fr. 9.00 und Fr. 9.00 gilt.

Zum Kostendach, das beim Mittagstisch kein Kostendach sein soll. In der Leistungsvereinbarung E., Kapitel 2, steht ganz klar "Die Stadt übernimmt für in Stein am Rhein wohnhafte Kinder den Differenzbetrag zwischen den Vollkosten und den Elternbeiträgen". Wenn 1 Kind kommt, wird das bezahlt, wenn 20 Kinder kommen, was nach Meinung des Sozialreferenten das Optimum wäre, dann steht der Betrag oben an, da der Einwohnerrat Fr. 45'300.-- bewilligt hat. Darüber hinaus darf die Stadt nichts bezahlen. Massgebend ist die Vereinbarung.

Also ist es im Prinzip ein ähnliches Modell wie bei der KiTa. Dort gibt es einen Tarif, den der Stadtrat festlegt, mit diesem Einkommen ist dieser Betrag zu zahlen, die Differenz

bezahlt die Stadt. Wären es alles Kinder, für die in der obersten Kategorie bezahlt wird, müsste die Stadt weniger bezahlen. Sind es aber alles Kinder, die in der untersten Kategorie sind, müsste sehr viel bezahlt werden. Deshalb ist es auch relativ schwierig, zu sagen wo ein vernünftiges Limit liegt. Das ist auch nicht steuerbar von Seiten der KiTa und bis jetzt war der maximale Betrag von Fr. 111.-- ein Hindernis. Da ist Stein am Rhein im Vergleich mit anderen Kitas eindeutig zu hoch. Wenn man den Beitrag herunternimmt wie vorgeschlagen, was im übrigen Sache des Stadtrates ist, hofft man, die KiTa auch für Eltern mit höherem Einkommen attraktiv zu machen. Er ist auch nicht gleicher Meinung wie Uschi Knecht, die sagt, dass, wenn man die Vollkosten reduziere, die Stadt mehr bezahlen müsse. Das ist so nicht richtig. Wenn wir die Vollkosten herunterholen, zahlen wir nur die Differenz zu den Vollkosten, dann fällt der Betrag zusammen. Deshalb stimmt diese Argumentation nicht.

Betreffend Kostendach von Fr. 170'000.-- wurde, als im 2006 die definitive Einführung im Einwohnerrat beschlossen wurde, das System genehmigt, dass wir einen Tarif haben, in dem wir die Vollkosten definieren und dann die Differenz durch die Stadt ausgeglichen wird. Man wusste seinerzeit schon, dass der Tarif mit den Fr. 111.-- relativ hoch oben ist, aber man musste einen Weg suchen, um alles in Gang zu bringen und zu beweisen, dass es wirklich funktioniert und es funktioniert ja. Jetzt muss der Tarif nach unten angepasst werden. Die Fr. 90'000.--, die seinerzeit als Kostendach festgelegt wurden, waren völlig willkürlich. Wenn man in der Stadt Schaffhausen die verschiedenen Kindertagesstätten vergleicht, gibt es Kitas, die sind bei der Subvention unter 50%, da sie in einem Quartier liegen, wo vorwiegend gut verdienende Eltern wohnen. Da gibt es aber Kitas, die in Quartieren platziert sind, wo sehr viel schlecht verdienende Leute wohnen, und dort geht der Satz der Subventionierung bis auf 75%. Stein am Rhein ist eine kleine Gemeinde und ist froh, um jeden, der sein Kind in die KiTa bringt. Deshalb müssen wir für alle ein attraktives Angebot machen. Deshalb kann René Meile den Antrag, man solle das Kostendach auf Fr. 135'000.-- festlegen, nicht nachvollziehen. Er bittet deshalb, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Altersmässige Trennung des Mittagstisches. Die jetzige Erfahrung in der KiTa zeigt, dass obwohl die Kinder in der KiTa sind, es sobald die Kinder in die 3./4. Primarklasse kommen ein Problem wird, da sie nicht mehr mit den Kleinkindern essen wollen. Es ist klar, dass man eine Lösung suchen muss, die irgendwie finanzierbar ist. Die Idee ist, dass man den Schnitt bei der 2./3. Klasse macht. Ob man diesen dann so führen kann, ist eine andere Frage. Alle in einer Gruppe zu führen, das hat sich schon jetzt gezeigt, ist schwierig, da dann die älteren Kinder einfach nicht mehr kommen wollen.

Heidi Schilling, Schulreferentin, möchte noch etwas zum Thema Mittagstisch in den Schulferien erläutern. Die Erfahrung der KiTa zeigt, dass in den Schulferien auch immer Kinder fehlen, die ebenfalls in den Ferien sind. Ein Rest wird bleiben, aber die KiTa hat ja den Betrieb in den Schulferien grösstenteils gewährleistet. So ist es möglich alle Kinder in der KiTa zu verpflegen. Für jene Kinder, die dann noch einen Platz benötigen, ist im Betriebskonzept bereits festgehalten, dass eine Koordination aufgebaut wird mit Hilfe der Pro Juventute, um Familien zu finden, die solchen Kindern einen Platz geben.

Detailberatung

Richi Schlatter, Pro Stein, möchte wissen, wo der Betrag für die Nutzung der Räumlichkeiten im Bürgerasyl erscheint.

Rene Meile erklärt, der Stadtrat habe beschlossen, dass die KiTa Miete bezahlen muss, es handle sich dabei um Fr. 3'600.-- pro Jahr. Das müsse aus den Fr. 27.50 pro Kind finanziert werden.

André Ullmann hat bereits bei der Eintretensdebatte erklärt, dass er einen Antrag stellen möchte, betreffend Elternfinanzierung des Mittagstisches. Er findet es schlecht, wenn bereits jetzt der Beitrag der Stadt höher ist als der Elternbeitrag. Er stellt den Antrag, dass der Elternbeitrag von Fr. 13.-- auf Fr. 14.-- erhöht wird und der städtische Beitrag auf Fr. 13.50 reduziert wird.

Franz Marty erklärt, dass die Höhe des Beitrags Sache des Stadtrates sei und der Einwohnerrat nur die Höhe des Kostendaches verändern könne.

René Meile hat dazu eigentlich nichts beizufügen. Möchte aber erwähnen, dass bereits jetzt im Tarif der Mittagstisch mit Fr. 13.-- aufgeführt ist und deshalb dieser Betrag wiederum so festgelegt wurde.

Betriebskonzept, Seite 6

André Ullmann hat aufgrund der Voten der anderen Fraktionen festgestellt, dass eine Trennung der Altersstufen offenbar nicht gewünscht wird und er wird seinen Antrag nicht stellen, was offenbar sowieso nicht möglich ist. Er möchte klar wissen, ob die Betreuung ausserhalb der Öffnungszeiten des Mittagstisches und in den Schulferien Sache des Mittagstisches ist, da er nicht ganz versteht, wie das finanziell geregelt wird.

René Meile erklärt, der Mittagstisch decke einfach die Zeit von 12.00 – 13.30 ab. Wenn jetzt aber ein Kinder mehr Betreuung brauche, sei es die Sache der KiTa, ob das finanziell machbar wäre. Im Prinzip ist die Zeit von 12.00 – 13.30 das Minimum, während dem der Mittagstisch geöffnet sein muss. Wie das die KiTa dann aber macht, ist Sache der KiTa. Sie habe die Fr. 27.50 zur Verfügung und müsse dann selber schauen, dass die Rechnung aufgeht. Der Wunsch von **André Ullmann** wäre, dass von Anfang an für die Eltern klar ist, ob das Teil vom Mittagstisch ist oder nicht.

Nicola Aschwanden Waldvogel, KiTa, wirft aus dem Publikum ein, das müsste dann separat verrechnet werden.

André Ullmann nimmt an, dass das auch für die Zeiten während der Schulferien gilt, was bestätigt wird.

René Meile erläutert, dass auch die Alterstrennung nicht unerschütterlich festgelegt sei, denn wenn sich zeige, dass es von den teilnehmenden Kindern her nicht aufgehe, müsse das Vorgehen angepasst werden, da schlussendlich die Rechnung aufgehen müsse.

Wenn eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen wird, hat das rechtliche Konsequenzen. **André Ullmann** möchte, dass das nochmals rechtlich abgeklärt wird. Er hat sich wegen der verschiedenen Verträge auch mit einem Juristen besprochen, welche Verpflichtungen die Stadt mit diesen Verträgen eingehen. Ob die Stadt, wenn die Gesamtaufwendungen der KiTa grösser sind, verpflichtet ist, dies auch effektiv zu entgelten.

René Meile erklärt, dass eine Reduktion des Kostendaches auf Fr. 135'000.-- runter, ein extremeres Problem wäre als jenes des Mittagstisches. Die KiTa bekomme einfach die Fr. 27.50 bzw. einen Teil erhalten sie von den Eltern, das stehe so in der Vereinbarung. Das sei alles, wozu die Stadt sich verpflichte.

André Ullmann möchte nochmals darauf hinweisen, dass in dieser Leistungsvereinbarung der Betrag von Fr. 27.50 nirgends aufgeführt wird. Wenn alles funktioniere, müsse man darüber nicht reden, aber sollte es nicht so sein, könne sich die KiTa auf den Standpunkt stellen, wir haben eine Leistungsvereinbarung in der kein Betrag erwähnt wird und dann sagen, wir haben diesen Auftrag erhalten, es haben sich so viele Kinder angemeldet, die den Sozialanspruch in Anspruch nehmen, dann muss die Stadt bezahlen. Er bittet die Stadt, das nochmals zu prüfen. Er findet den Begriff Leistungsvereinbarung in diesem Zusammenhang heikel.

Rene Meile nimmt den Einwand zur Kenntnis und wird prüfen, ob das tatsächlich so ist.

Werner Käser, FDP, wirft ein, dass es sich um einen Versuchsbetrieb von einem Jahr handle. Sollte es sich zeigen, dass es so nicht aufgehe, müsse man alles sicher noch einmal anschauen.

Einwohnerratspräsident Franz Marty hält fest, dass die Leistungsvereinbarung durch den Einwohnerrat genehmigt werden muss, aber die Gebühren in der Höhe des Stadtrates sind.

René Meile erklärt, dass auch die Leistungsvereinbarung Sache des Stadtrates ist.

Franz Marty bestätigt das, so dass der Einwohnerrat am Schluss nur die Fr. 45'300.-- bewilligen könne und wenn daran etwas geändert werden soll, müsse ein Antrag gestellt werden. Er möchte festhalten, dass alles, was zeitmässig über den Mittagstisch hinausgehe durch die KiTa abgedeckt werden könne, durch verschiedene Module, die gebucht werden können. Das sei ganz einfach.

Leistungsvereinbarung

Punkt F. Dauer der Leistungsvereinbarung, 3. Absatz, Kündigungsfrist

Es macht aus Sicht von **André Ullmann** keinen Sinn, wenn es um einen einjährigen Versuch geht, diese Kündigungsfrist festzulegen. Er bittet, diese zu entfernen.

René Meile bestätigt dies, da es sich um einen Jahresvertrag handelt.

Vertrag, Grundsätzliches

André Ullmann erwähnt, dass im neuen Entwurf stehe „im Auftrag der Einwohnergemeinde“. Er findet diese Formulierung etwas heikel. Es ändere sich zwar nicht viel rein rechtlich, da es eine Zusammenarbeitsvereinbarung sei, mehr nicht. Aber für einen Dritten erwecke es den Eindruck, dass mit dieser Umformulierung eine grössere Haftung für die Stadt entstehe und das sei nicht der Fall. Er möchte dem Stadtrat mitgeben, zu überdenken, ob man diese Formulierung so stehen lassen möchte.

1. Antrag

Uschi Knecht, FDP, stellt den Antrag, dass das Kostendach auf Fr. 135'000.-- gesenkt wird.

Urs Weibel, SP, ergreift das Wort. Er denkt aufgrund der Eintretensdebatte seien die Meinungen zwar schon gemacht, das Resultat stehe wahrscheinlich auch bereits fest, trotzdem möchte er appellieren, das Kostendach auf Fr. 170'000.-- zu belassen und bittet, nicht dem Antrag von Uschi Knecht zuzustimmen. Von der bürgerlichen Fraktion und der Pro Stein sei betont worden, welcher Standortvorteil der Kinderhort für Stein am Rhein sei, explizit wurde auch der Dank an jene Leute ausgesprochen, die mit viel Engagement und Herzblut, mit viel Fachwissen die KiTa betreiben und die enorme Leistung, die sie auch dazu bereit sind zu erbringen. Es wurde auch in den Ausführungen von René Meile gesagt, Stein am Rhein sei relativ klein bzw. man habe nicht die homogenen Quartiere, die die Stadt Schaffhausen mit den Kitas hat, sondern hier habe man das gesamte Bevölkerungssegment und mit diesem Mix könne nicht gesteuert werden, welche Einkommenssegmente ihre Kinder in die KiTa schicken. Es könne nur versucht werden über den Tarif ein wenig Gegensteuer zu geben. Das Bestreben der KiTa sei es sicher nicht, das Kostendach auszureizen, sondern ihr Bestreben sei es, einen wirklich professionellen Betrieb zu haben, der sowohl für die Kinder, die Eltern als auch für die Mitarbeiter stimme. Es gibt keine Gewähr, dass das Kostendach nicht einmal erreicht wird, aber es ist sicher nicht im Bestreben der KiTa dies zu tun. Wenn das Kostendach

schon jetzt wieder nach unten gedrückt wird, kann es durchaus sein, dass man schon bald wieder ansteht. Es wäre ein klares Zeichen, wenn man die Fr. 170'000.-- so stehen lassen würde, damit man in Ruhe arbeiten kann, dass die professionellen Strukturen, die aufgebaut wurden, konsolidiert werden können, nicht, dass man in wenigen Jahren schon wieder am selben Punkt ist. Zum jetzigen Zeitpunkt müsste man halt etwas grosszügiger sein, auch wenn es nicht übertrieben grosszügig ist, wenn man sieht, wie die Zahlen zustande gekommen sind. Aber man könnte der KiTa wirklich die Möglichkeit geben, ihren Betrieb auf eine gesunde Basis zu stellen.

Der Antrag des Stadtrates für die Bewilligung einer Erhöhung des Kostendachs auf jährlich Fr. 170'000.-- erhält 6 Ja-Stimmen.

Der Antrag von Uschi Knecht, das Kostendach auf Fr. 135'000.-- zu senken, erhält 7 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

2. Antrag

Franz Marty, CVP, möchte sich zur Abschreibung der Motion äussern. Die Motion sei teilweise umgesetzt, teilweise nicht umgesetzt. Selbst wenn man nichts mehr mache, wäre die Motion abgeschrieben, da das Geschäft dann erledigt ist.

Urs Weibel, SP, möchte wissen, wie die Situation betreffend HOGA zurzeit aussieht.

Die **Schulreferentin, Heidi Schilling**, führt aus, der Einwohnerrat habe ja einen gewissen Betrag bewilligt und davon sei ein Teil verwendet worden für die Konzeptarbeit Mittagstisch Primarschule. Der Rest könne jetzt eingesetzt werden, um die Situation an der Oberstufe weiter zu verfolgen. Die Arbeitsgruppe werde demnächst eine Sitzung durchführen und diskutieren, wie es im Bereich HOGA weitergehen soll.

3. Antrag

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom geänderten Vertrag und der Leistungsvereinbarung „Mittagstisch“ mit dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung.

Rolf Oster, SP, möchte sich noch zum 1. Antrag äussern. Er ist sehr enttäuscht, dass die bürgerliche Fraktion und die Pro Stein die Leute der KiTa sehr gelobt haben und bestätigten, dass diese ihre Arbeit gut machen würden. Sie engagierten sich und hätten viel Pioniergeist gezeigt. Dann ist man aber absolut inkonsequent in den Aussagen. Er hofft, dass die Mitarbeiter der KiTa und des Mittagstisches dennoch weiterhin so engagiert hinter der Sache stehen. Es könnte durchaus sein, dass der eine oder andere für sich sagt, dann braucht es mich halt nicht und sich nicht mehr engagieren will. Das wäre sehr, sehr schade.

Beschluss:

- 1. Die Erhöhung des Kostendachs wird genehmigt unter Senkung des Betrags auf Fr. 135'000.**
- 2. Der Einwohnerrat stimmt der Schaffung eines Mittagstisches als Versuchsbetrieb für ein Jahr zu und bewilligt dafür einen Kredit von Fr. 45'300.-- mit 13 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.**
- 3. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom geänderten Vertrag und der Leistungsvereinbarung „Mittagstisch“ mit dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung.**

Franz Marty dankt den Verantwortlichen der KiTa zum Abschluss des Geschäfts für die geleistete Arbeit. Auch dem Vorstand der in Notsituation immer wieder in der KiTa einspringt. Dies ist ein Dienst an unserer Öffentlichkeit und auch am Wohl unserer charmanten kleinen Stadt. Herzlichen Dank den Verantwortlichen der KiTa.

Mitteilung an:

Verein für familienergänzende Kinderbetreuung (VfK), Nicola Aschwanden Waldvogel,
Im Boll 6, 8260 Stein am Rhein
Sozialreferent
Schulreferentin
Zentralverwaltung
Ablage

FINANZEN, Grundstücke und Rechte, Grundstücke

02.20.005

3. Verkauf der Landparzelle, GB Nr. 952, Degerfeld: Zustimmung zum Verkauf zum Preis von Fr. 374.00/ m² bzw. total Fr. 1'824'746

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, merkt zu diesem Antrag an, dass darin stehe, die Volksabstimmung sei für den 15. Mai 2011 geplant. Wenn alle Fristen eingehalten würden, könne seiner Meinung nach die Volksabstimmung definitiv nicht am 15. Mai 2011 sein.

Franz Hostettmann, Stadtpräsident, führt aus, dass im Sommer 2009 die Bantli Immobilien GmbH auf den Stadtrat herangetreten ist mit dem Wunsch, die Landparzelle GB Nr. 952, Degerfeld, zu erwerben und dort Wohnungen zu bauen. Der Stadtrat hat die Situation analysiert und ist der Meinung, dass die Firma Bantli Immobilien GmbH Anrecht auf eine Antwort von den zuständigen Gremien hat.

In der Analyse der Situation hat der Stadtrat einerseits das Leitbild aus dem Jahre 1997, indem festgehalten ist, dass die Stadt innerhalb der nächsten 15 Jahre 3300 Einwohner erreichen sollte, und auch die Vorgaben in der Bauordnung und im Zonenplan berücksichtigt. Die Erwartungen aus dem Jahre 1997 haben sich weitgehend erfüllt, per 31.12.2010 lebten 3'308 Personen in Stein am Rhein. Mit der Erschliessung des Einfamilienhausquartiers „Im Riet“ und dem Verkauf der Parzellen konnte in diesem Wohnsegment die Bedürfnisse der letzten Jahre gedeckt werden. Einzig im Segment Mietwohnungen herrscht in Stein am Rhein ein Mangel. Der Leerwohnungsbestand liegt bei 0,4% und zeugt damit von einer Wohnungsknappheit. Mit dem Verkauf erhofft man sich auch Impulse und Aufträge für das lokale Gewerbe und mit dem Zuzug von Einwohnerinnen und Einwohner eine Erhöhung der lokalen Kaufkraft.

Der Stadtrat verfolgt das vorgegebene Ziel, die unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung zu verbessern und möchte mit dem Verkauf des städtischen Baulandes einen Beitrag dazu leisten. Die Baulage ist mit der Nähe zum öffentlichen Verkehr besonders attraktiv. Der Stadtrat möchte allerdings festhalten, dass er kein Interesse an einem explosiven Wachstum hat. Mit der besseren Anbindung an die Altstadt, kann das ganze Quartier Degerfeld eine Aufwertung erfahren.

Die Vorgabe an die Bantli Immobilien GmbH ist ganz klar, dass nicht in erster Linie Eigentumswohnungen gebaut werden, sondern zwei Drittel müssen Mietwohnungen sein, Mietwohnungen im mittleren Preissegment. Der Stadtrat möchte dem akuten Mangel an Mietwohnungen entgegenwirken und strebt eine bessere Durchmischung der Bevölkerung an. Da diese Parzelle nicht dem Quartierplan unterworfen ist, wollte der Stadtrat ganz genau wissen, was auf diesem Gelände gebaut werden soll und die Bantli Immobilien GmbH hat vorgeschlagen, dass sie 40 Wohneinheiten bauen wolle und so in den nächsten 6 – 8 Jahren ca. 120 bis 140 Einwohner/innen neu nach Stein am Rhein ziehen würden, darunter 20 – 40 Kinder bis Jugendliche. Die vorhandene Infrastruktur genügt auch für die neuen Bewohner/innen in der errechneten Grössenordnung.

Im Rahmen der Zonenplanrevision 2009 wurde das Gebiet als Wohnzone dreigeschossig (W3) bestätigt und ist deshalb ganz klar nicht dem Quartierplan unterstellt. Die Parzelle wurde geschätzt durch das Amt für Grundstückschätzungen und aufgrund des ausführlichen Berichtes ist man auf den Preis von Fr. 374.-- pro m² gekommen.

Das Überbauungskonzept ist ganz klar kein Bauplan sondern eine reine Ideen-Skizze wie das ganze aussehen könnte. Die Realisierung wird in 2 Etappen erfolgen.

Die Stadt ist ganz klar froh, über flüssige Mittel zu verfügen, einerseits um bei der Sporthalle HOGA die nicht gedeckten Kosten zu decken und auch im Hinblick auf die

Bahnhofsunterführung möchte der Stadtrat an und für sich die flüssigen Mittel generieren, damit man nicht neues Kapital aufnehmen muss und die Stadt sich neu verschuldet. Der Stadtrat bittet, dem Antrag zuzustimmen. Das Geschäft ist ganz klar dem obligatorischen Referendum unterstellt. Der Einwohnerratspräsident hat Recht mit dem Zeitpunkt vom 15. Mai 2011 und der Stadtrat weiss, dass es knapp ist.

Eintretensdebatte

Georg Berner, parteilos, erklärt für die Fraktion Pro Stein, dass sie für Eintreten sind. Sie lehnen den Antrag des Stadtrates für den Verkauf der Parzelle Nr. 952 im Degerfeld in dieser Form jedoch ab.

Sie betrachten die Vorlage – gemäss den vorliegenden Informationen – als ein Schnellschuss der den bisherigen Aussagen und Absichten des Stadtrates in mehrfacher Hinsicht widerspricht. Unabhängig von den Aussagen im Konzept für die "Verwaltung und Nutzung von städtischen Liegenschaften" aus dem Jahre 2005, wird jetzt eine masslose Überbauung von diesem Landstück ohne Berücksichtigung vom angrenzenden Einfamilienhaus-Quartier oder einem möglichen gesamtheitlichen Quartierplan Degerfeld vom Stadtrat vorgeschlagen.

Die Arbeitsgemeinschaft Pro Stein steht grundsätzlich einem Landverkauf positiv gegenüber. Sie würden es daher sehr begrüessen, wenn man basierend auf den ersten Entwürfen von der bereits vorhandenen Bebauungsstudie A für das ganze Quartier Degerfeld – die von der Firma Suter•von Känel•Wild•AG für Familie Müller anfangs 2010 erarbeitet wurde – eine mehrheitsfähige Vorlage bzw. ein Erschliessungskonzept zeitnah vom Stadtrat unterbreitet werden könnte.

Weiter sind sie der Ansicht, dass nach der negativen Parkhausabstimmung, ein solch weitreichendes und wichtiges Erschliessungskonzept wie im Gebiet Degerfeld bzw. Vor der Brugg, mit einem entsprechend angepassten Leitbild für die Stadt Stein am Rhein und einem aktualisierten städtischen Finanzplan gestützt werden müsste.

Urs Weibel, SP, erklärt, dass die Stadt in der glücklichen Lage sei, eigene Baulandreserven zu haben. Daraus ergäben sich folgende Vorteile:

- Die Bevölkerungsentwicklung kann aktiv beeinflusst werden; nicht nur quantitativ, auch in begrenztem Masse qualitativ.
- Das Ortsbild kann aktiv beeinflusst werden; als Landverkäufer kann man Bestimmungen bezüglich der Art und Qualität der Überbauung erlassen.
- Ein generierter Verkaufserlös, der für ordentliche oder ausserordentliche Ausgaben der Stadt verwendet werden kann.

Die Fraktion kam bei der Beratung zu einer fast ähnlichen Schlussfolgerung wie Pro Stein. Diese 3 Trümpfe gibt die Stadt zu leichtfertig aus der Hand.

Eine ökonomische Notwendigkeit für der Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt besteht nicht; es ist korrekt, dass mit dem Neubau der Sporthalle HOGA, Bahnhofunterführung und anderer Projekte sich beträchtliche Investitionsvolumen abzeichnen; der noch ausstehende Finanzplan fehlt dazu als Planungsinstrument. Beim Verkauf dieses Grundstückes besteht wirklich kein Zeitdruck. Die Verwendung des Erlöses wird in der Vorlage nur vage umschrieben. Die SP-Fraktion ist aber der Meinung, dass der Verkaufserlös anderweitig verwendet werden sollte. Die Stadt besitzt sehr viele Liegenschaften, deren Unterhalt kostet. In den letzten Jahren wurde dies im Zeichen enger Budgets oftmals vernachlässigt. Wir schlagen deshalb vor, dass mit dem Verkaufserlös in den Unterhalt der Immobilien investiert wird. Ob das mit einem Immobilien-Unterhaltsfonds oder an-

ders geregelt wird, sei dahingestellt, aber ganz klar lehnen wir eine Steuersenkung ab, die mit dem einmaligen Ertrag begründet würde.

Ortsbild: Auf dieser Parzelle und der angrenzend südlichen entsteht ein neues, bevölkerungsreiches Quartier. Für die Stadt, als wichtigste Landbesitzerin, besteht die einmalige Chance durch Quartierplan und Auflagen dieses Quartier aktiv zu gestalten. Soll hier ein neues Agglomerations-Quartier entstehen, das austauschbar ist mit gleich aussehenden Quartieren in Niederbipp, Niederlenz oder Niederglatt? Im Steiner Niderfeld ist diese Gelegenheit leichtfertig aus der Hand gegeben worden. Wir wissen wie das Riet jetzt aussieht und der eine oder andere wird jetzt vielleicht denken, hätten wir dort nicht stärker den Finger draufhalten sollen um ein einigermaßen überzeugendes Ortsbild auch in den neuen Quartieren herzustellen. Die Stadt sollte klare Vorstellungen entwickeln, wie sich dieses neue Quartier entwickeln soll. Die SP-Fraktion vertritt klar die Meinung, dass die Stadt stärker Einfluss nehmen muss. Vorgaben bezüglich der architektonischen Qualität können beispielsweise mit Vorgaben bezüglich Energie-Standards (Stichwort Minergie-P) gemacht werden, aber insbesondere durch Einbinden in das laufende Quartierplanverfahren. Auch wenn die Pflicht nicht besteht, könnte man die Parzelle freiwillig miteinbeziehen.

Bevölkerungsentwicklung: Die Stadt Stein am Rhein ist in den letzten Jahren erträglich gewachsen. Mit der Überbauung im Riet hat die Stadt im Bevölkerungssegment der Einfamilienhaus-Besitzer einen Schritt gemacht. Bereits sehen wir aber auch wieder die Kehrseite der Medaille: Wachstum kostet. Wir brauchen eine 4. Kindergartenabteilung, die Klassengrößen in der Primarschule sind am oberen Limit. Die geschätzte Bevölkerungszunahme um 120 - 140 Personen sind immerhin fast 4%; dies in weniger als 10 Jahren. Einer der wenigen Pluspunkte der Vorlage ist der vorgeschriebene Anteil von 2/3 als Mietwohnungen. Hier besteht wirklicher Handlungsbedarf, den die Stadt erkannt hat und versucht hier anzugehen. Es müsste hier aber mindestens sichergestellt sein, dass bereits in der ersten Etappe dieser Anteil geschaffen wird. Gleichzeitig muss – auch mit im Vorfeld vertraglich geregelten Sanktionen – sichergestellt werden, dass der Mietwohnungsanteil langfristig erhalten bleibt. In der angrenzenden Köhlerweid ist ein neues, lebendiges und funktionierendes Quartier entstanden, das durch den Mix an verschiedenen Wohnformen überzeugt. Mit der sehr uniformen Überbauung wird dies kaum entstehen. Hier hat die Stadt Gestaltungsmöglichkeiten, die Bevölkerungsentwicklung nicht nur qualitativ, sondern auch auf Zielgruppen ausgerichtet ein wenig zu steuern. Diesen Handlungsspielraum gilt es zu nutzen.

Fazit: Die SP-Fraktion stellt sich nicht grundsätzlich gegen einen Verkauf der Parzelle. Sie lehnt aber den Verkauf unter den in der Vorlage beschriebenen Bedingungen ab. Wir verlangen, dass die Stadt aktiv die Form der Überbauung mitbestimmt. Dazu gehört u.a. ein gesicherter hoher Anteil Mietwohnungen (ist vorhanden), Auflagen der Energie-standards. Wir regen an, dass diese Parzelle freiwillig mit dem Quartierplan koordiniert wird und wir fordern, dass mit dem Verkaufserlös in den Unterhalt von städtischen Immobilien investiert wird. Die Stadt darf ihre Trümpfe nicht so leichtfertig ausspielen.

Die Frage ist, was jetzt die adäquate Form ist. Wir sind der Meinung, man sollte das Geschäft an den Stadtrat zurückweisen, damit der Stadtrat weiter am Geschäft arbeiten kann mit dem Auftrag, die Zügel fester in die Hand zu nehmen.

Werner Käser, FDP, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion grundsätzlich für die Schaffung von hochwertigen Mietwohnungen, wie sie der Stadtrat postuliert hat, sei. Sie könnten sich auch mit einer aktiven Landpolitik und damit dem Verkauf von Grundstücken, welche die Stadt strategisch nicht benötigt, anfreunden. Dennoch tue sich die bürgerliche Fraktion mit dieser Vorlage schwer. Viel lieber hätte sie zuerst den Finanz-

plan gehabt, mit einer Priorisierung der anstehenden Investitionen. Der Finanzplan würde Auskunft darüber geben, ob, wofür und wie dringend das Geld Verwendung finden würde. Brauchen wir diese Einnahmen sofort oder haben wir noch Zeit, andere Investitionen zu prüfen? Nun steht aber dieser Antrag zur Diskussion.

Die Fraktion fragt sich:

- Gab es keinen kaufwilligen Investor in Stein am Rhein? Wurde ein solcher überhaupt gesucht?
- Ist es nach den zwiespältigen Erfahrungen im Riet opportun, ein Grundstück ohne Quartierplan zur Überbauung freizugeben? Leider hat der Einwohnerrat es bei den letzten Anpassungen des Zonenplans 1992 und 2009 versäumt, die Weichen dazu richtig zu stellen. Es besteht jedoch kein Zeitdruck und dies könnte jetzt noch nachgeholt werden.
- Wie realistisch, und vor allem wie verbindlich, ist die Skizze einer möglichen Gestaltung? Können auf diesem Grundstück wirklich 5 Mehrfamilienhäuser mit 40 attraktiven Wohnungen Platz finden?
- Können mit der geplanten Überbauung im einheimischen Gewerbe Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden? Der Kaufinteressent sei nicht gerade dafür bekannt, dieses zu berücksichtigen.

Zu viele Fragen bleiben offen. Die bürgerliche Fraktion hat deshalb mit Mehrheit beschlossen, Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat zu beantragen.

Diskussion

Arthur Cantieni, SP, möchte einen anderen Aspekt einbringen. Wie vielleicht gelesen wurde, hat das Bundesamt für Statistik neue Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung herausgegeben. Darin wird prognostiziert, dass in 25 Jahren, also bis 2035 die Schweiz 1 Million mehr Einwohner hat und zwar vor allem durch Zuwanderung. Er fragt sich, ob Stein am Rhein wirklich noch mehr Personen zuziehen lassen soll. Ob die Bevölkerung wirklich noch wachsen soll. Es gäbe bereits die Vorbereitung für eine Initiative, die die Zuwanderung beschränken lassen will. Die Zersiedelung entlang des Rheins und des Bodensees habe extrem zugenommen, ihm mache das Sorgen. Er verstehe nicht, warum der Stadtrat das Wachstumsziel des Kantons telquel übernehme. Stein am Rhein ist mit dem Land extrem eingeschränkt. Es ist nicht ehrlich wenn man sagt, man möchte nur ein humanes Wachstum hier in Stein am Rhein. Im Interview in den SH-Nachrichten vom 16. Dezember 2010 hat der Stadtpräsident gesagt, das Wachstum von Stein am Rhein sei moderat auf 3000 – 3800 Einwohner möglich. Man muss zuerst Arbeitsplätze schaffen und dann die Leute entsprechend ansiedeln. Die Personen, die neu zuziehen, finden in Stein am Rhein keinen Arbeitsplatz und was passiert, die Leute müssen an den Arbeitsplatz fahren und man muss neue Strassen und neue Bahnlinien erstellen. Man sollte dieses Denken einfach einmal unterbrechen und andere Wege suchen. Nur einmal darüber nachdenken, gibt es gesellschaftlich keine andere Möglichkeiten, als das andauernde Wachstumsdenken. Er wisse nicht, wie die Schweiz die offensichtliche Zuwanderung von 1 Million Menschen verkraften soll. Es braucht für alles Infrastrukturen usw. und jetzt sollen Wohnungen für Zuwanderer gebaut werden.

Guido Lengwiler, Pro Stein, erklärt, der Einwohnerrats-Kollege Cantieni habe ihn jetzt herausgefordert. Dieser habe Angst von einer Überbevölkerung der ganzen Schweiz und nicht nur in Stein am Rhein und vor der Zersiedelung. Aber es gäbe ja an und für sich nichts besseres, jetzt würden auf nicht einmal 5000 m² 40 Wohnungen entstehen mit 120 bis 140 Leute, das wäre ja absolut ideal. Stein am Rhein wird sich einer gewissen Erweiterung und Wachstum nicht entgegensetzen können. Es wird wachsen müssen, weil die Bevölkerung überall zunimmt. Von verschiedener Seite seien ihm Entwürfe

von Quartierplänen und von einem Entwicklungskonzept Stein am Rhein Süd zugespielt worden. Da hätten sich bereits gescheite Leute und interessante Personen Gedanken gemacht und das möchte er beliebt machen. Er möchte die Gunst der Stunde nutzen.

Einige Stichworte aus dem Entwicklungskonzept Stein am Rhein Süd sind das Eggli-Areal, eine sehr ungünstige Bahnbarriere, die Schrebergärten südlich vom Bahnhof, eine Veränderung in der Permatin, es hat eingezontes Industrieland, eine Zone W3 im Degerfeld, eine Zone W4 und verschiedene Gemeinden, die angrenzen mit verschiedensten Liegenschaften im Bereich einer Gewerbezone. Da sollten wir einfach einmal anfangen grossflächig zu denken. Wo soll das Stein am Rhein Süd hinführen und dabei darf man sich nicht nur auf eine Parzelle beschränken und für diese nicht einmal einen Quartierplan machen. Man muss ganzheitlich denken für Stein am Rhein, man muss schauen, dass Stein am Rhein sich sinnvoll weiterentwickelt. Dazu sind erste sinnvolle Schritte gemacht worden und wenn das nachher in ein solches Konzept hineinpasst, sei er der festen Überzeugung, dass wenn der Stadtrat komme und sage, er habe einen Interessenten, der hier im Bereich von diesem Quartierplan, im Bereich von diesem Entwicklungsplan etwas bauen will, werde es mehrheitsfähig sein in diesem Rat und auch beim Volk. In diesem Sinne hat der Einwohnerrat die Chance, mit einer Zurückweisung dem Stadtrat den Impuls zu geben, hier ein Entwicklungskonzept Süd auf die Beine zu stellen und damit für die Zukunft von „Stein am Rhein Süd“ zu arbeiten.

Stadtpräsident Franz Hostettmann nimmt die Äusserungen des Einwohnerrates zur Kenntnis. Nichts desto trotz möchte er einige Antworten geben.

Die Firma Bantli Immobilien GmbH hat wie eingangs erwähnt Anrecht auf eine Antwort. Der Stadtrat konnte diese Antwort nicht geben und hat deshalb dazu den Einwohnerrat befragt.

Der neue Zonenplan ist erst seit 2010 in Kraft. Stadtrat wie Einwohnerrat haben es seinerzeit verpasst, dass für diese Parzelle keine Quartierplanpflicht besteht. Ob im Nachhinein noch ein Quartierplan darübergelegt werden kann und wie viel Zeit das kosten würde, wird der Stadtrat überprüfen.

Der Stadtpräsident möchte den Einwohnerrat Berner daran erinnern, dass der Einwohnerrat vor 2 Jahren aus dem Budget die Position für die Anpassung der Leitbilder gestrichen hat. Obschon in der Verfassung vom 21. März 2003 Artikel 28 steht „die Leitbilder dienen dem Stadtrat unter anderem als gesetzliche Grundlage zur Erfüllung seiner Aufgaben“. Dieser Betrag hat der Einwohnerrat abgelehnt und es kann dem Stadtrat kein Vorwurf gemacht werden, dass dieser die Leitbilder nicht anpassen wollen. Der Stadtrat hat am 15. April 2011 seine Klausurtagung und da wird der Finanzplan vorgelegt, angepasst und mit der Rechnung ebenfalls präsentiert.

Betreffend Verkaufserlös wurde gesagt, man dürfe das Geld nicht benützen, um allenfalls die Steuern zu senken. Steuern zu senken ist ebenfalls eine Aufgabe der Politik. Auch das kann eine sinnvolle Politik sein. Eine vernünftige Steuersenkung, wenn sie angebracht ist, tut jeder Gemeinde, jedem Land gut.

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Vorlage zurückgewiesen wird und wird mit dem Investor ein Gespräch führen.

Urs Weibel, SP, stellt einen Rückweisungs-Antrag an den Stadtrat.

Beschluss:

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, den Antrag an den Stadtrat zurückzuweisen.

Mitteilung an

Bantli Immobilien GmbH, Espigraben 17, 8264 Eschenz

Stadtpräsident

Baureferent

Finanzreferentin

Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

BAU, Tiefbau, Kantonsstrassen **00.35.020**

4. Volksmotion Hagmann, Sanierung Chirchhofplatz Antrag auf Fristverlängerung

Beat Hug, Baureferent, erklärt, der Verursacher für die Fristverlängerung sei der Wärmeverbund. Man habe sehr viele verschiedene Varianten geprüft, auch aus Kostengründen natürlich. Obwohl es schön wäre für die Zukunft, müsse auch geschaut werden, dass alles rentabilisiert werden könne. Sie hätten Zusagen gehabt, sie hätten wieder Absagen gehabt, viele Interessenten seien teilweise ältere Bewohner, die dann wieder Rücksprache mit ihren Kindern gehalten hätten, die wollten teilweise auch wieder gewisse Sachen wissen. Der ganze Ablauf sei einfach sehr langwierig. Es sei im Interesse des Stadtrates, dass diese Leitung gemacht werden kann, aber momentan sei einfach zu wenig Interesse da. Er hoffe, dass noch genügend Leute überzeugt werden können, es gehe um Investitionen von Fr. 30'000 bis Fr. 40'000. Ein Problem sei, dass einige Interessenten bald sanieren müssten, andere hätten soeben erst saniert. Die Stadt könne einfach keinen Anschluss vorfinanzieren, wenn sie keinen Vorvertrag hätte. Die zähen Verhandlungen würden sehr gut geführt, aber er brauche einfach mehr Zeit. Er bittet um Verständnis dafür.

Guido Lengwiler, Pro Stein, ergreift in Namen der Pro Stein das Wort. Diese sind von dieser Verzögerung einmal mehr nicht begeistert, können aber voll nachvollziehen, was im Antrag geschrieben worden ist. Sie können auch verstehen, dass der Motionär nicht glücklich ist, aber im Sinne der Sache, sei es ganz klar, dass, wenn man nicht wieder ein Desaster erleben wolle mit dem Chirchhofplatz, man diese Zeit dem Stadtrat jetzt geben müsse. In diesem Sinne stimme die Pro Stein diesem Antrag zu.

Rolf Oster, SP, erklärt, dass dieser Punkt in der Fraktion ebenfalls diskutiert worden sei und sie seien zu einem ähnlichen Schluss gekommen. Sie verstünden den Motionär, aber es sei wichtig, dass man auch diese technischen Themen richtig abkläre und es sei einfach so, dass eine Wasserleitung einfacher zu bauen sei als eine Wärmeverbundleitung. Die Abklärungen sollten sauber gemacht werden und die SP-Fraktion könne hinter dieser Verschiebung stehen.

Werner Schmid, FDP, nimmt im Namen der bürgerlichen Fraktion zur Kenntnis, dass diese Verzögerung aufgrund des Wärmeverbundes entstanden ist. Der Wärmeverbund sei eine gute Sache und sie befürworteten die weitere Entwicklung. Sie seien der Meinung, dass es diese Zeit noch brauche und würden deshalb dem Antrag zustimmen.

Beat Hug möchte den Fraktionen für das Verständnis danken. Einfach als eine kleine Information: die Vorinvestition eines solchen Anschluss beträgt zwischen 20'000 und 25'000 Franken und kann deshalb nicht einfach so getätigt werden.

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig die Fristverlängerung für die Behandlung der Volksmotion Hagmann um sechs Monate bis 31.10.2011.

Mitteilung an

Klaus Hagmann, Schwarzhornweg 14, 8260 Stein am Rhein
Stadtpräsident
Baureferent
Ablage

5. Allgemeine Umfrage

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte sich kurz halten und hat drei Fragen.

Jeden Frühling, wenn in der Stadt oder Schiffländi wieder hinausgestuhlt wird, gibt es Bürger, die den Eindruck haben, es sei wieder ein Meter weiter hinausgestuhlt worden. Gibt es einen Plan, es gibt ja auch eine Tarifierung, wo festgehalten wird, wie weit von der Fassade her gestuhlt werden darf oder wird jedes Jahr per Augenmass entschieden.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt, die bewilligten Quadratmeter seien selbstverständlich festgehalten und es gäbe ab und zu eine Anfrage, um leicht zu erweitern. Das werde mit der Stadtpolizei abgeklärt und dann mit einem Stadtratsbeschluss bewilligt. Dann gäbe es halt einige, die dreister seien und ihr Angebot einfach vergrösserten und diese versuche man dann wieder zurückzubinden.

Guido Lengwiler fragt nach, ob es in diesem Fall keinen Plan gebe, sondern einfach die Quadratmeter festgelegt sind. **Franz Hostettmann** erwidert, es seien ganz klar nur die bewilligten Quadratmeter pro Geschäft festgelegt. **Guido Lengwiler** wäre es lieber, wenn es einen Plan gäbe und feste Markierungen.

Guido Lengwiler hat festgestellt, dass auf dem Parkplatz Hettler seit Monaten, seit Jahren, oft ein Anhänger mit einer grossen Blache steht, der hat keine Vignette, hat nichts bezahlt und macht noch gross Werbung. Es sei ein Unternehmer aus dem Städtchen, aber er sehe nicht ganz ein, wieso dieser eine Werbefläche habe von 6 – 8 m², dort gratis und franko parkiere, in bester und prominentester Adresse. Allen anderen, die nicht zahlten, werde eine Busse gegeben und diejenigen, die über Nacht stehen, müssten eine Nacht-Vignette haben. Er möchte, dass dieser Fall genauer angeschaut wird.

Franz Hostettmann wird den Fall aufnehmen.

Guido Lengwiler ist Delegierter im Abwasserverband und hat die massive Zunahme von Campern in Stein am Rhein verfolgt und im Abwasserverband den Antrag gestellt, dass man in der Kläranlage eine sogenannte Schmutzwasser-Entsorgung (Dumping-Station) für Camper einrichtet. Wieso braucht das Stein am Rhein? Wir schauen dem Wildwuchs zu und machen kein Konzept. Vielleicht kann man beim Schiessstand einige Abstellplätze bereitstellen und man könnte über die Strasse bei der Kläranlage das Schmutzwasser ablassen. Der Präsident des Abwasserverbandes habe mitgeteilt, der Stadtrat Stein am Rhein habe diese Entsorgung, welche Fr. 68'000.-- kosten würde, abgelehnt. Man kann sich der wachsenden Entwicklung der Besucher mit Campern nicht verschliessen und er bittet den Stadtrat, den Fokus in den nächsten Jahren auch auf die Camper-Entwicklung zu halten.

Franz Hostettmann erklärt, Guido Lengwiler habe den Antrag für eine Schmutzwasser-Entsorgungs-Stelle beim Abwasserverband eingereicht. Man habe den Antrag angenommen, seriös geprüft, eine Kostenschätzung machen lassen und die Machbarkeit überprüft. Der Abwasserverband könne es nicht finanzieren, es könne nicht sein, dass für eine Dumping-Station in Stein am Rhein, die anderen Gemeinden mitzahlen müssten. Das würde bedeuten, wenn der Verband dies finanzierte, müsste Stein am Rhein

bei Installationen in den anderen Gemeinden im Verband ebenfalls mitzahlen. Der Stadtrat hat sich dann damit auseinandergesetzt und in einem ersten Beschluss die „Dumping-Station“ abgelehnt.

Franz Marty merkt an, dass der Kanton Thurgau ein Camping-Gesetz habe und alle Gemeinden hätten die Pflicht, dies zu machen, ebenso im Deutschen Raum. Im Kanton Schaffhausen gäbe es kein Camping-Gesetz, da es nur einen Camping Platz im Kanton habe und der sei zufällig in Stein am Rhein.

Urs Weibel, SP, hat eine Frage zu den Mehrkosten der Sporthalle HOGA. Sowohl die Pro Stein-Fraktion wie die SP – und wohl auch grosse Bevölkerungskreise – sehen im Neubau der HOGA-Halle grössten Handlungsbedarf. Wie zu vernehmen war, liegen die aktuellen Kostenschätzungen weit über den Angaben, die der Stadtrat in der Planungskredit-Vorlage gemacht hat. Sie sind besorgt über diese Entwicklung und befürchten, dass das für die Steinerinnen und Steiner wichtige Projekt sich verzögert oder gar Schiffbruch erleidet. Sie fordern den Stadtrat auf, hier die Fäden resolut in die Hand zu nehmen und aktiv und frühzeitig die Bevölkerung zu informieren, nur so könne das Projekt zu einem guten Abschluss gebracht werden.

Franz Hostettmann erklärt, dass der Stadtrat dieses Projekt prioritär behandle. Über die Mehrkosten sei der Stadtrat selber erstaunt gewesen, die Kommission sei informiert und es werde daran gearbeitet. Auf Antrag der Kommission habe der Stadtrat einen unabhängigen Experten eingesetzt, der die Kosten überprüfe und dann mit den Architekten bespreche, was als Mehrkosten verantwortet werden könne und was überflüssig sei. Die Kommission wird bereits am 2. Mai 2011 einen Zwischenbericht darüber erhalten. Eine Verzögerung sollte nicht entstehen. Der Stadtrat wurde Mitte März über die Mehrkosten informiert und hat alle nötigen Schritte eingeleitet.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Die nächste Sitzung findet am 17. Juni 2011 statt.

Schluss der Sitzung um 22.05 Uhr.

Stein am Rhein, 20. April 2011

Die Protokollführerin
Yvonne Widmer